

Regierungserklärung des MP am 2. Juli 2025.

„Gemeinsam eine Investitionsoffensive für Rheinland-Pfalz gestalten“

1) Meine Überzeugung: Rheinland-Pfalz braucht handlungsstarke Kommunen

Vor 9 Monaten habe ich meine erste Regierungserklärung als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident in diesem Hohen Haus gehalten. Und dort habe ich den Bürgerinnen und Bürgern meine klare Überzeugung dargelegt: Die Lage unserer Städte, Dörfer und Gemeinden ist mir eine Herzensangelegenheit, ein klarer Schwerpunkt meiner Politik. Sie stark und handlungsfähig zu halten, ist ein Auftrag und mein Antrieb.

Heute stehe ich hier und spreche über eine gemeinsame Investitionsoffensive für Rheinland-Pfalz. Um diese zu gestalten, braucht es ein aufeinander abgestimmtes, ineinandergreifendes Vorgehen. Mit dieser Regierungserklärung zeichne ich den Weg vor, den wir in Rheinland-Pfalz nun gehen werden.

Wir haben einen klaren Plan mit drei Schwerpunkten:

- 1) Wir legen als Land ein eigenes, neues Sofortprogramm „Handlungsstarke Kommunen“ mit insgesamt 600 Millionen Euro Landesgeld für dieses und nächstes Jahr auf.
- 2) Wir setzen das Sondervermögen des Bundes schnell, sichtbar und für die Menschen spürbar um. Hierfür haben wir den „Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur“.

3) Und wir schaffen Rahmenbedingungen für eine schnellere Umsetzung der Zukunftsmaßnahmen: Mit Bürokratieabbau, Digitalisierung und Fachkräftegewinnung.

Wir handeln entschlossen und lassen keine Zeit verstreichen. Über die Sommerpause werden wir Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden über das Vorhaben einer Investitionsoffensive führen. Wir werden natürlich ebenso, wie es in Rheinland-Pfalz gute Tradition ist, mit Gewerkschaften und der Wirtschaft sprechen. Nach den Sommerferien werden wir die Gesetzentwürfe im Kabinett beraten, die wir zum Herbst ins Parlament einbringen. Wir sorgen dafür, dass das Paket für unsere Investitionsoffensive in Rheinland-Pfalz so schnell wie möglich auf den Weg kommt.

Unser gemeinsames, entschlossenes und zielgerichtetes Handeln stärkt die Kommunen und macht damit Rheinland-Pfalz insgesamt stark.

2) Rheinland-Pfalz ist Land der starken Dörfer und Städte

Inmitten von vielen Veränderungen und neuen Anforderungen – vom Wandel der Arbeits- und Wirtschaftswelt über internationale Krisen bis zum Klimawandel – sehnen sich die Menschen nach Verlässlichkeit. Nach einer Politik, die nicht ausweicht, sondern was voranbringt. Die Herausforderungen unserer Zeit sind komplex. Aber zusammen schaffen wir Schritt für Schritt Lösungen.

Klarheit, Verlässlichkeit und Orientierung – das ist es, was die Menschen wollen. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich einen Alltag, der funktioniert. Eine Umgebung, in der sie gut leben können. Eine Heimat, die sich positiv entwickelt.

Unsere Städte und Gemeinden sind Herz und Rückgrat des Landes. Deshalb haben wir sie in den letzten Jahren gezielt unterstützt – mit einer Politik, die ihre Handlungsstärke erhält und weiterentwickelt.

- Wir haben die Hälfte der Kommunalen Altschulden übernommen: 3 Milliarden Euro.
- Wir haben die finanziellen Leistungen für die Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme deutlich erhöht.
- Wir haben die finanzielle Grundlage für die Kommunen mit dem Doppelhaushalt über Zuwendungen und den Kommunalen Finanzausgleich um rund 900 Millionen Euro anwachsen lassen.
- Als Landesregierung haben wir gezielte Förderprogramme auf den Weg gebracht: Klimaschutz, Klimaanpassung und Innovation fördern wir mit 250 Millionen Euro im Rahmen von KIPKI. Und wir unterstützen auf besondere Weise die strukturschwächeren Kommunen mit 200 Millionen Euro im Regionalen Zukunftsprogramm – das hervorragend anläuft.
- Die Thematik der stark steigenden Kosten der Sozialleistungen, welche die laufenden Haushalte der Kommunen immens belasten, gehen Kommunale Spitzenverbände und Landesregierung gemeinsam und grundlegend an. Danke dafür, dass wir diesen Weg zusammen gehen.

Vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzentwicklung bin ich sehr froh, dass wir jüngst zwischen dem Bund und den Ländern eine gute Einigung haben erzielen können. Es steht nun fest: Der Bund ist bereit, die Mindereinnahmen der Kommunen von 2025 bis 2029 vollständig zu übernehmen. Diese wichtige Entscheidung ist auch zustande gekommen, weil die Länder bereit waren, die Investitionen für Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur und in Krankenhäuser nur anteilig durch den Bund kompensiert zu bekommen.

Die dringend erforderlichen steuerlichen Wachstumsimpulse der Bundesregierung für unsere Wirtschaft werden jetzt kommen, ohne dass dabei neue Belastungen durch steuerliche Mindereinnahmen auf die Kommunen zukommen. Wir waren als Rheinland-Pfalz an den Verhandlungen von Anfang an intensiv beteiligt und haben stark dafür geworben, dass die Kommunen nicht weiter belastet werden und die Kraft haben, die dringend notwendigen Investitionen zu starten. Das ist ein großer Erfolg!

3) Sofortprogramm „Handlungsstarke Kommunen“

Die aktuelle wirtschaftliche Lage ist trotz aller Schritte in die richtige Richtung herausfordernd, insbesondere für die Kommunen. Einnahmen sinken, Ausgaben steigen und Aufgaben nehmen zu: Sozialkosten, Klimaschutz, Digitalisierung, Daseinsvorsorge.

Und doch: Gerade jetzt braucht es Haushaltsmittel und Investitionen vor Ort – in den Schulbau, die Kita-Sanierung, die Straße vor Ort oder den Brunnen auf dem Marktplatz. Genauso wie die kommunalen Zuschüsse an die Vereine und Initiativen weiter fließen sollen. Das kommunale Schwimmbad soll seine Öffnungszeiten und die Stadtbüchereien und Volkshochschulen ihre Angebote aufrechterhalten können. Eben Politik für einen guten Alltag der Menschen.

Damit das gut gelingt, ergänzen wir nun landesseitig genau das, was mit dem Sondervermögen bundesseitig auf den Weg gebracht wurde:

Als Land werden wir die kommunalen Haushalte durch unser neues Sofortprogramm „Handlungsstarke Kommunen“ stabilisieren. Die besonderen konjunkturellen Verwerfungen für die Kommunen werden wir damit auffangen und sie gut für die Zukunft aufstellen. Wir legen ein Sofortprogramm auf in Höhe von 600 Millionen Euro für die Jahre 2025

und 2026, finanziert durch Landesgeld. Die Zuweisung erfolgt über den Kommunalen Finanzausgleich nach einer bedarfsorientierten Verteilung.

Wir unterstützen so die Landkreise, kreisfreien Städte und großen kreisangehörigen Städte mit eigenem Jugendamt in dieser außergewöhnlichen Situation. Da die Situation in den betroffenen Kommunen sehr unterschiedlich ist, sollen die Mittel nach einem besonderen Schlüssel verteilt werden, der sich an konkreten Sozialausgaben orientiert.

Der Weg zu mehr Handlungsstärke unserer Kommunen in der aktuellen Lage führt über eine Änderung des Landesfinanzausgleichgesetzes (LFAG), deren Finanzierung wir durch einen Nachtragshaushalt ermöglichen. Dies wird dann rasch Wirkung entfalten – nicht irgendwann, sondern direkt noch in diesem Jahr.

Zusätzlich wird das Ministerium des Innern die Maßnahmen dadurch flankieren, dass es über die Kommunalaufsichten schnelle Genehmigungen der kommunalen Haushalte ermöglicht. Das erhält die Handlungsfähigkeit der Kommunen und ermöglicht eine zeitnahe Umsetzung der notwendigen Investitionen.

Ich bin mir bewusst: Das ist ein Kraftakt für alle Beteiligten, auch für Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Aber ich bin der festen Überzeugung: Wir brauchen diese Dynamik, wir brauchen jetzt eine klare Antwort hier aus dem Hohen Haus ins Land hinein, dass wir fest an der Seite der Kommunen stehen. Die verschärften Rahmenbedingungen für die finanzielle Ausstattung der Kommunen gibt es ja nicht exklusiv in Rheinland-Pfalz – schauen Sie nach Hessen, schauen Sie nach NRW. Der Unterschied ist nur: wir handeln, für die und gemeinsam mit den Kommunen. Wir schaffen die finanzpolitische Grundlage, damit die

Kommunen ihre Aufgaben auch unter schwierigen Bedingungen erfüllen können – und Zukunft vor Ort gestalten.

4) Unser „Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur“

Wir stärken unsere Kommunen dafür, die großen Aufgaben rund um die Umsetzung des Infrastruktur-Sondervermögens des Bundes auch erfüllen zu können. Das ist umso wichtiger, weil wir in Deutschland viel zu lange auf die Probleme gestarrt und viel zu selten auf die Lösungen geschaut haben. Ganz viele Bürgerinnen und Bürger fragen zu Recht: Wie kann eine zuversichtliche Zukunft aussehen?

Darauf finden wir in Deutschland nun mit dem Infrastruktur-Sondervermögen eine gute Antwort. Wir investieren in unsere Straßen, Schienen und Brücken und in viele weitere Bereiche, um gut leben, arbeiten und wirtschaften zu können. Auf Bundesebene waren es harte Verhandlungen und ganz viel politisches Geschick – auch und gerade aus Rheinland-Pfalz, liebe Doris Ahnen –, die dazu geführt haben, dass dort ein Investitionspaket geschnürt wurde.

Das Infrastruktur-Sondervermögen ist ein wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger – und wir sorgen dafür, dass es schnell, sichtbar und für die Menschen spürbar wird. Es ist ein großer Erfolg, dass jetzt für die konkrete Umsetzung des Sondervermögens einfache und bürokratiearme Verfahren vereinbart wurden. Pauschale Zuweisungen anstelle von Genehmigungen von Einzelprojekten reduzieren bürokratischen Aufwand und ermöglichen mehr Tempo. Bereits vorgesehene Vorhaben können von den Kommunen nun pragmatisch umgesetzt werden, weil das Kriterium der Zusätzlichkeit entfällt. Neue, bislang aus finanziellen Gründen hinten angestellte Vorhaben, werden mit dem Sondervermögen zugleich nun möglich. Die Verwendungsbreite des Sondervermögens wird ausgedehnt auf so wichtige – weil ganz alltagspraktische – Bereiche wie etwa Sport und Kultur. Noch ein

entscheidender Punkt: Eine Doppelförderung wird möglich. Jeder, der oder die sich mit Vergaberecht auskennt, weiß um die hohe Bedeutung dieses Satzes. Wir können nun Landes- und Bundesförderung kombinieren und damit noch mehr Wucht entfalten.

Im Interesse von Rheinland-Pfalz und des Gesamtstaates habe ich mich immer dafür eingesetzt, mehr Investitionen zu ermöglichen. Ich bin sehr froh, dass es in einem gemeinsamen Kraftakt, übrigens über Parteigrenzen hinweg, gelungen ist, diese Investitionen für Deutschland freizusetzen.

Was machen wir in unserem Land nun daraus? Wir legen den „Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur“ auf. Das Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes für Länder und Kommunen in Höhe von 100 Milliarden Euro über 12 Jahre werden wir damit landesseitig unbürokratisch durch ein Sondervermögensgesetz umsetzen. Das Gesamtvolumen für Rheinland-Pfalz wird rund 4,8 Milliarden Euro betragen.

Wir werden mit diesen Mitteln Vorhaben des Landes und der Kommunen verwirklichen, um Modernisierung, Klimaschutz und Transformation in unserem Land voranzubringen. Kommende Woche werden die Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden beginnen, damit wir gemeinsam eine Investitionsoffensive für unser Land starten können. Und wir binden natürlich auch die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände eng ein.

Welche Themen-Schwerpunkte setzen wir? Wir werden unsere Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wie unsere Hochschul- und Wissenschaftsinfrastruktur zukunftsfähig aufstellen. Ganz besonders wichtig: Wir werden Investitionen in eine klimafreundliche Mobilität und in den Hochwasserschutz anstoßen, um Klimaschutz und -anpassung gemeinsam weiter engagiert voranzubringen, liebe Katrin Eder.

Im Zusammenhang mit dem Landesklimaschutzgesetz ist auch intensiv über den Wald in Rheinland-Pfalz und seine Bedeutung für den Klimaschutz diskutiert worden, gerade mit Blick auf das Speichern von CO². Wir werden in den nächsten Jahren mit einem Teil des Geldes aus dem Sondervermögen eine Klima-Wald-Offensive auf den Weg bringen. Damit wird unser Wald umfassend aufgeforstet und zukunftsfähig gemacht – damit er weiter positiv für den Klimaschutz wirkt.

Wir werden Gebäude, Straßen, Wege und Brücken – liebe Daniela Schmitt – in unserem Land sanieren, sie energetisch und nachhaltig ertüchtigen. Damit unsere Unternehmen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger von einer leistungsstarken Infrastruktur profitieren.

Wir werden die Rahmenbedingungen für die medizinische Versorgung verbessern und Investitionen in unsere Krankenhäuser lenken, lieber Clemens Hoch.

Wir werden weitere Investitionen in den Sport, in den kommunalen Katastrophenschutz und in die innere Sicherheit ermöglichen, lieber Michael Ebling ebenso wie in unsere Kultureinrichtungen, liebe Katharina Binz. Wir sorgen weiter für eine starke Justiz, lieber Philipp Fernis.

Viel Geld wird auch in unsere Schulen und Kitas fließen – für eine gute Bildung für alle Kinder in unserem Land, lieber Sven Teuber.

Und natürlich gehört zur Modernisierung unseres Landes auch die digitale Infrastruktur und der weitere Ausbau von smarten Verwaltungen im Land, liebe Dörte Schall.

Alle diese Investitionen dienen dazu, das Leben und den Alltag der Menschen in unserem Land schnell, sichtbar und spürbar besser zu machen. Wir arbeiten an einer guten Zukunft für Rheinland-Pfalz. Dafür schmieden wir ein Gestaltungsbündnis mit den Kommunen, wir gehen gemeinsam mit ihnen Hand in Hand voran. Deshalb richten wir als Landesregierung den Blick genauso auf die praktische Arbeit vor Ort.

5) Bürokratieabbau, Digitalisierung und Personal

Investitionen sind wichtig. Dafür haben Bund und Länder nun die Grundlage gelegt. Aber sie müssen auch umsetzbar sein. Wir als Land unterstützen unsere Kommunen nicht nur mit Geld, sondern auch mit Strukturreformen.

Wir wollen dahin, dass Investitionen nicht durch aufwändige Verfahren verlangsamt oder gehemmt werden. Von der Idee bis zur Genehmigung dauert es oft zu lange. Der Alltag für Verwaltungen, Unternehmen und für Bürgerinnen und Bürger muss wieder pragmatischer und praktikabler werden.

Wir behalten deshalb zentrale Herausforderungen im Blick:

- Thema Bürokratieabbau, insbesondere auch im Förderwesen, bei den Schwellenwerten und digitalen Anträgen. Damit sparen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Kommunen Zeit und Aufwand, die diese für mehr Innovation und Investitionen nutzen können. Aber wir können aus dem Land heraus das nicht alleine schaffen, sondern es braucht auch ein entschlossenes und zeitnahes Vorgehen auf Bundesebene beim Bürokratieabbau.
- Stichwort Digitalisierung, um Prozesse zu beschleunigen. Land und Kommunen sind bisher in gutem Austausch hierzu. Dennoch müssen wir bei der Digitalisierung unserer Verwaltungen in der Geschwindigkeit nochmals zulegen, um Investitionen zügig in die Umsetzung bringen zu können. Unser Ziel beim Sondervermögen: digital only, also ein vollständig digitales Fördersystem.
- Der Bereich Fachkräftesicherung, bei dem wir schon konkrete Schritte gegangen sind: Mit dem Fachkräftepaket, das 27 konkrete Maßnahmen umfasst, wollen wir Menschen gezielt fördern und

Unternehmen bei der Suche nach qualifizierten Mitarbeitenden unterstützen.

- Und den Prozess zur Dämpfung der Sozialkosten werden wir mit den Kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam weiterverfolgen, um Handlungsspielräume vor Ort zu bewahren.

Das ist Zukunftspolitik im besten Sinne: praxisnah, zielgerichtet, auf Augenhöhe mit den Menschen, die in den Rathäusern Verantwortung tragen und für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten.

6) Ein echtes Gestaltungsbündnis – in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus

Wir wollen gestalten – und wir wollen das gemeinsam tun. Wir handeln – schneller und konkreter als viele andere Bundesländer. Mit einer echten Innovationsoffensive für Rheinland-Pfalz und mit einem Gestaltungsbündnis im Land. Deswegen lade ich nun zu den Gesprächen bei uns in Rheinland-Pfalz ein.

Ich habe in meiner ersten Regierungserklärung gesagt: Die Städte und Dörfer sind mir ein Herzensanliegen. Dieses Versprechen gilt – und ich setze es mit dieser Regierungserklärung, mit dem Sofortprogramm „Handlungsstarke Kommunen“ und dem „Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur“ weiter um.

Denn als Ministerpräsident bin ich klar:

Nur wenn wir die Kommunen stärken, stärken wir das Land.

Nur wenn wir vor Ort gestalten, sichern wir die Zukunft.

Und nur gemeinsam werden wir dieser Zeit gerecht.